Stadtbibliothek Dresden

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8488. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 1. | Dresden, Sonnabend den 2. Januar 1909. | 20. Jahrg.

Sachsen im Jahre 1908.

Das politische Leben Sachsens stand im verflossenen Jahre im Zeichen der Wahlrechtsreform und der Wahlrechtskämpfe. Mit dem Beginn des Jahres 1908 fing die Wahlrechtsdeputation zu „arbeiten“ an. Mit einer Flucht in die Dunkelheit begannen die Wahlrechtsmakler ihre Schiebungen. Lange hörte man nichts, doch wurde zeitweilig versichert, daß man in der Deputation übereifrig tätig sei. Als aber der Schleier der Geheimniskrämerei zerrissen wurde, stellte sich heraus, daß die Wahlrechtsdeputation sich im Kreise gedreht, aber nichts fertig gebracht hatte. Enttäuschung und Unwillen herrschten darob allgemein. Wie endloses graues Elend zog sich der Wahlrechtsschacher, der nun zwischen Nationalliberalen und Konservativen begann, hin; im Volke hatte man nur noch Spott und Hohn für die Wahlrechtsreform, die sichtlich immer mehr zu einem Handel zwischen den bürgerlichen Parteien über die Verteilung der Mandate ausartete. Anmutiger wurde die Sache auch nicht, als zu diesem Jammer noch der Zank um die Wahlkreiseinteilung kam.

Das entrechtete Volk aber brachte bald frisches bewegtes Leben in die Wahlrechtsfrage. Mit einer imposanten Demonstration der rechtlosen Massen setzte die Bewegung ein. Es war eine Kundgebung von Zehntausenden, die sich am 1. November auf den Straßen Dresdens nach dem Demonstrationsplatze auf der Radrennbahn bewegten. Das freie Wahlrecht war das Zeichen, in dem die Massen in endlosem Zuge marschierten — in dem sie kämpfen wollen, bis man auch dem sächsischen Volke gegeben hat, was des Volkes ist. Durch Versammlungen mit anschließenden Straßendemonstrationen und die vorzüglich verlaufene außerordentliche Landesversammlung wurde die Bewegung eindrucksvoll fortgesetzt. Und heute wissen wir, daß sich das Volk rüsten muß zu neuen Kämpfen, wenn etwas für die Entrechteten errungen werden soll. Denn immer deutlicher ist zutage getreten, daß die Macher im Dreiklassenparlament nicht daran denken, dem Volke Recht und Einfluß zuzugestehen, daß sie nur auf ihre Manöver bedacht sind und danach streben, ihre eigene Machtstellung zu stärken.

Der Zank der bürgerlichen Parteien um die Landtagsmandate hat auch das Verhältnis zwischen Konservativen und Nationalliberalen im Landtage und im Lande beleuchtet. Vor wenigen Jahren noch waren beide Reaktionsgruppen ein Herz und ein Sinn. Gemeinschaftlich verhimmelten sie die heutigen Zustände, Arm in Arm zogen sie gegen die Arbeiter zu Felde, gemeinsam vollbrachten sie hinter den Tämmen des Dreiklassenwahlrechts reaktionäre Streiche. In diese Freundschaft der Ordnungsgeschwister ist ein Riß gekommen, der sich immer mehr erweitert und bei dem Zank um die Landtagsmandate zu einer völligen Entzweiung geführt hat, die sogar zu gegenseitigen Mißtrauenskundgebungen Anlaß gab, doch sind die Differenzen keineswegs auf eine schärfere Betonung der liberalen Grundsätze auf der bürgerlichen Linken zurückzuführen. Davon ist auch heute bei den sächsischen Nationalliberalen kaum mehr als früher zu spüren. Nur im Streite um Sonderinteressen, nur beim Zanke um die Anzahl der Landtagsmandate sind sich Nationalliberale und Konservative in die Haare geraten. Dabei spielten bekanntlich einige nationalliberale Abgeordnete, die mit allerdings recht charakteristischen agrarischen Geheimzirkularen operierten, eigenartige Heldenrollen. Im übrigen aber hat die mehr als klägliche Haltung der Nationalliberalen im Wahlrechtsschacher keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Fraktion Drehscheibe in der letzten Zeit politisch noch weit mehr als früher heruntergekommen ist und besonders auch die innere Verfaultheit zugenommen hat.

Eine Rolle im politischen Leben Sachsens zu spielen bemühen sich die Mittelständler mit großem Eifer. Der sogenannte Mittelstandsbund wurde zum Tummelplatz rückständiger Bestrebungen, die hauptsächlich auf eine Lahmlegung der Konsumvereine hinauslaufen. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Zünftlertum in seiner Mehrheit hinter diesen Machinationen steht. Die rückständigen Elemente sind mit vereinten Kräften bemüht, das Rad der Zeit rückwärts zu drehen. Das Vierstimmenwahlrecht Hohenthals sollte das Mittel für diese zopfigen Elemente werden, im Verein mit den Konservativen politisch zur Herrschaft zu gelangen. Ob das ihnen vorübergehend gelingt, wird vom Ausgange des Wahlrechtsraubes abhängen. Daß die Zünftler ihre Herrschaft nicht dauernd befestigen können, dafür sorgt schon die wirtschaftliche Entwicklung, die verhindern wird, daß die rückständigen Experimente der Mittelständler dauernde Einrichtungen werden. So sehr sich die Mittelständler jetzt aufblasen, sie werden mit ihren zopfigen Bestrebungen bald denselben Weg gehen, den noch kurzlebigen politischen Kapriolen die sächsischen Antisemiten gegangen sind, von denen sie doch nur eine verschlechterte Auflage bleiben. Vorläufig aber erfreuen sie sich des Wohlwollens des Ministers Hohenthals, der ihnen schöne Reden auf ihren Festen gehalten und auch ihre Delegationen empfing und mit unverbindlichen Versprechungen abspeiste, schließlich aber doch durch das bekannte Vierstimmenwahlrecht ihren Plänen Vorschub leisten wollte.

Von der Landtagstätigkeit, die wir hier aber nicht näher erörtern wollen, ergaben noch das Wassergesetz und das Berggesetz größere Ausmerksamkeit. Bedeutsam waren daneben die Vorbereitung der Novelle zum Volksschulgesetz, die noch im Dunkeln steckt, und die Umsatzsteuerdebatten, die aber den Mittelständlern wenig Freude bereiteten, nachdem sich herausstellte, daß die Erste Kammer nichts von einer landesgesetzlichen Schröpfung der Konsumvereine wissen wollte. — Mit der Volksschulreform im Zusammenhang stand eine lebhafte Debatte in Lehrerkreisen über die Reform des Religionsunterrichts, die aber nur sehr schwächliche Resolutionen zutage förderte und jede Entschiedenheit vermissen ließ. Der neue Kultusminister Dr. Beck, der im Januar 1908 sein Amt antrat, bemühte sich um alles andre eher als um eine liberale Entwicklung des Volksschulwesens. Seine erste Schulrede war ein wunderbarer Eiertanz, bei dem ein Satz immer den andern aufhob; mehrfach betonte er, vor allem ein Freund der Kirche zu sein. Von einem solchen Herrn ist natürlich für die Schule nichts zu erwarten.

Durch das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes wurden zwar einige Fabrikate für das Versammlungsrecht, die mit dem alten sächsischen Juwel zusammenhingen, beseitigt, aber die Polizeigewaltigen sorgten dafür, daß der zweifelhafte Ruhm Sachsens, ein Polizeistaat zu sein, nicht verblaßte. An kleinlichen Maßregeln, gegen die Arbeiterorganisationen ausgespielten Schikanen hat es in Sachsen auch 1908 nicht gefehlt. Zwar wurde eine Anzahl derartiger Auswüchse sächsischen Polizeigeistes durch oberbehördliche Entscheidungen wieder aufgehoben; aber die Nadelstichpolitik verschwand auch dadurch nicht, obwohl der Minister Graf Hohenthal weinisch erklärte, ein Feind aller Nadelstichpolitik zu sein. Auch der Militärboykott blieb in Flor, ja er erstand in manchen Gegenden sogar in verschärfter Form wieder. So wurde allen Gastwirten in der Dohnaer Gegend, die ein Arbeiterblatt in ihren Lokalen ausgelegt hatten, der Militärboykott angedroht und teilweise diese Ankündigung auch verwirklicht. Auch die Klassenjustiz trieb neue Blüten. Am ärgsten kam das durch ein Urteil des Chemnitzer Schöffengerichts gegen den Vertrauensmann der Textilarbeiter, Genossen Reichel, zum Ausdruck, der wegen einer energischen Zurechtweisung von Streikbrechern 6 Monate Gefängnis erhielt, ein ungeheuerliches Strafmaß, das von der Berufungsinstanz zwar herabgesetzt wurde, aber noch hart genug blieb. Dagegen wurden mehrfach „gebildete“ Rowdys sehr milde bestraft. In Freiberg kam z. B. ein Bergakademiker mit 300 M. Geldstrafe davon, obwohl er einen Schutzmann auf das schlimmste blutiggeschlagen hatte.

Die schlimmste der sächsischen Polizeitaten im verflossenen Jahre war die Amtsenthebung des Vorstandes der Chemnitzer Ortskrankenkasse, die auf Betreiben eines früheren Angestellten der Kasse hin erfolgte, der kurz danach als ein Erpresser schlimmster Art ermittelt und mit seinem Kumpan zu langer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Dieses Verbrecherpaar, Schubert und Rabe, hatte auch in dem nationalen Arbeiterverein eine Rolle gespielt und von dort aus seine Machinationen gegen die Kasse mit Unterstützung des Reichsverbands ins Werk gesetzt. Obwohl von den Anschuldigungen nichts übrig blieb, obwohl der Staatsanwalt auf jedes Vorgehen gegen den Kassenvorstand verzichten mußte, fanden die Verleumder bei dem Stadtrat in Chemnitz gerneigtes Ohr und großen Eifer zu Maßregeln gegen den „sozialdemokratischen Kassenvorstand“. Die Chemnitzer Arbeiterschaft aber gab bei den Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse, die ebenfalls für ungültig erklärt worden waren, durch ein überwältigendes Stimmenaufgebot eine Antwort auf dieses Treiben, die vernichtend für die waren, die es in Szene gesetzt hatten.

In der letzten Hälfte des Jahres trat besonders in Sachsen ein geschäftlicher Niedergang ein, der in vielen Betriebszweigen zu Arbeiterentlassungen und einer Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit bis auf die Hälfte führte. Dadurch wurden Tausende von Arbeitern schwer geschädigt, vielen die Existenz vernichtet. Noch jetzt herrscht mit unverminderter Wucht dieses schlimmste aller sozialen Uebel, die Arbeitslosigkeit, und wirft ihre grauenvollen Schatten auf das gesamte Leben der Arbeiter. Staat und Gemeinden sind den armen Arbeitslosen so gut wie gar nicht zu Hilfe gekommen. Die Regierung hat vielmehr durch ihre sattsam bekannte Sparpolitik das Uebel nur verschlimmert. Leider sind Anzeichen für eine allgemeine Besserung noch nicht zu beobachten. Auch in das neue Jahr nehmen Tausende von Arbeitern die traurige Gewißheit mit, unter Hunger und sonstigen Entbehrungen den Kampf ums Dasein führen zu müssen.

Die Ungunst dieser Verhältnisse muß natürlich auch nachteilig auf die Entwicklung der Partei einwirken. Es ist daher doppelt hoch zu veranschlagen, daß es im verflossenen Jahre in Sachsen trotzdem vorwärts gegangen ist. Auf der Landeskonferenz, die im Spätsommer in Plauen tagte, konnte eine Zunahme des Mitgliederbestandes der politischen Parteiorganisationen um 7000 festgestellt werden. Von der Schlagfertigkeit und Tatkraft der Arbeiterbataillone haben verschiedene Kämpfe Zeugnis abgelegt. Unter anderm haben uns auch die Kommunalwahlen neben einigen Niederlagen zahlreiche schöne Siege gebracht, von denen der in Crimmitschau besonders hervorragt. Dennoch bleibt natürlich noch dringend zu wünschen, daß unsere Scharen weiter wachsen, daß unsre Macht größer werde, damit die Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Leben den Einfluß ausüben kann, der ihr zukommt. Auf dieser Bahn ein weiteres Stück vorwärts zu kommen soll und muß unser Bestreben im neuen Jahre sein.

Trübes Neujahr.

Die Neujahrsbetrachtungen der bürgerlichen Blätter sind im allgemeinen nicht auf einen frohen Ton gestimmt. Die wirtschaftliche und politische Situation ist allzu trübe und allzu ungewiß, als daß selbst bei den Lobrednern der Gegenwart freudige Gefühle aufschäumen könnten. In der auswärtigen Politik drängende Gefahren, die Stellung Deutschlands im Rat der Völker andauernd schlecht und schwierig. In der inneren Politik soll die konservativ-liberale Paarungsgemeinschaft ungeheuerliche Steuervorlagen zur Welt bringen und dabei ein tief daniederliegendes Erwerbsleben, weitverbreitete Arbeitslosigkeit. Selbst die Lobsprüche, die die Nationalliberalen ihrer Blockpolitik zollen, erklingen nur matt und schal. Es sind nicht freudige Zeichen, unter denen die bürgerlichen Parteien in das neue Jahr eintreten.

Am schwersten leidet unter der Ungunst der Wirtschaftslage und unter den Unbilden der Winterszeit die Arbeiterschaft. Und doch schreitet sie mutig und entschlossen ihren Weg. Die Neujahrsbetrachtungen unserer parteigenössischen Blätter sind voll von frischem Kampfesgeist. Ueberall spricht die begeisterte Zuversicht: Wir wollen vorwärts! Wir marschieren vorwärts!

•

Einige charakteristische Aeußerungen bürgerlicher Politiker seien hier kurz erwähnt. Herr Bassermann wünscht in der Nationalzeitung den industriellen Unternehmen ein glückseliges neues Jahr. Größer als Brutus opfert Herr Bassermann seinen Stolz und seine sozialpolitischen Ueberzeugungen auf dem Altar des Vaterlandes: „Der schwere Druck der sozialdemokratischen Organisationen (d. h. der Gewerkschaften. D. Red.) lastet auf der wirtschaftlichen Welt, und die von den Führern zu Feinden der Gesellschaftsordnung erzogenen sozialdemokratischen Arbeiter sind die Ursachen der friedlosen Zustände in der Industrie.“ Der Sozialpolitiker Bassermann predigt den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie unter Führung der Arbeitgeber: „In dem Augenblick, in dem die scharfen Gegensätze zwischen Zentrum und den Blockparteien verschwunden sein werden, wird die Sozialdemokratie erst recht darüber belehrt werden, welch gewaltige Bedeutung die Solidarität der Arbeitgeber in ihrer gleichmäßigen Abneigung gegen die sozialdemokratische Vergewaltigung besitzt und wie dieselbe ausgleichend unter den bürgerlichen Parteien wirkt.“ — Vor ein paar Monaten schrieb noch das Organ der Arbeitgeber, für eine neue Kandidatur Bassermann werde die Industrie keinen Pfennig übrig haben. Das hatte Urteil muß jetzt revidiert werden, denn der Mann hat sich gebessert. Bassermann kann alles, Bassermann macht alles, Bassermann empfiehlt sich zu Fabrikvorteilen.

Im Berliner Tageblatt nimmt der letzte Mohikaner des Freisinns, der greise Herr Träger, das Wort. Läuft er auch im Reichstag aus aller Gruppenheit mit der Fraktion mit, so verschmäht er doch keine Gelegenheit, seinen Freunden öffentlich ein paar Bosheiten zu sagen. Er spottet über die „Hähnung des Liberalismus“, dieses „Daniel im Kanzlergrübchen“, er nennt Preußen „das Tote Meer Deutschlands“ und das „Land der rückwärtigen Ueberraschungen“, und sieht nur eine Rettung:

Einen Weg nur gibt's zur Besserung: eine wirkliche Volksvertretung und ein vernünftiges, den einfachen Grundsätzen der Gerechtigkeit genügendes Wahlrecht — das des Reichs. Weg mit dem alten Unrat, dessen Pestilenz jeden frischen Trieb im Keime erstickt!

Ganz anderer Meinung ist natürlich Herr Oertel in der Deutschen Tageszig. Nachdem er sich gegen ein Kanzlerverantwortlichkeitsgesetz ausgesprochen, fährt er fort:

Und noch von einer anderen Frage wünschen wir, daß sie im nächsten Jahre dort bliebe, wohin sie gehört, nämlich im Hintergrunde der Erwägungen und Vorerörterungen. Wir meinen die Frage der Abänderung des Wahlrechtes zum preußischen Abgeordnetenhause . . . Wir bleiben nach wie vor dabei, daß das preußische Wahlrecht, wenn es auch seine Mängel hat, doch sich im allgemeinen völlig bewährt hat.

Ein reizendes Idyll aus dem Familienleben der Reaktion!

Die Erdbeben-Katastrophe.

Kalabrien und der Teil Siziliens, der von dem Erdbeben betroffen wurde, sind Stätten der grauenhaftesten Verwüstung und des namenlosesten Elends geworden. Jede neue Meldung bringt so erschütternde Einzelheiten, daß wir vor Entsetzen erstarren, wenn wir nur den Versuch machen, die Schrecken der Katastrophe zu begreifen, die in wenigen Sekunden an zweihunderttausend Opfer einem raschen oder auch qualvollen Tode überantworteten. Ueberall, wo fühlende Herzen schlagen, zeigt sich rasche und entschlossene Hilfsbereitschaft. — Die Verluste an Menschenleben und Werten kann nichts ersetzen; den Jammer der Ueberlebenden um die Toten kann niemand stillen. Das einzige ist, daß werktätige Hilfe der ersten und schlimmsten Not derer entgegentritt, die alles eingebüßt und verloren, nichts gerettet haben, als das nackte Leben.

Das lebende Geschlecht hat keine Katastrophe gesehen, an Größe und Furchtbarkeit dieser jetzigen gleichkommend. Wie lange klang das Lissaboner Erdbeben im Jahre 1755, das einzige auf europäischem Boden, das sich neben das jetzige stellen ließe, in dem Gedächtniß der Menschen nach? Als Goethe im Greisenalter die Geschichte seines Lebens schrieb, trat ihm mit frischen Farben die Erregung und Erschütterung der Gemüter vor die Seele, die in den Tagen seiner frühen Kindheit die Erzählungen und Berichte von dem Lissaboner Unglück in den Mitlebenden hervorgerufen. Jahrzehnte wirkte in der Literatur der unauslöschliche Eindruck nach, der in weiten Kreisen religiöse und philosophische Erörterungen hervorrief. Unsere heutige Zeit erfährt und sieht rascher als die damalige, sie überschaut schnell die ganze Furchtbarkeit der Verheerungen, die von der übermächtigen Naturgewalt angerichtet wurden; sie vergißt aber auch rascher, der tägliche Strom der Nachrichten, der an uns vorübergeht, spült das Vergangene schnell hinweg.

Fast ist es, als ob im Angesicht dieser furchtbaren Katastrophe alle Mitlebenden von einer machtvoll ursprünglichen Regung menschlichen Gemeingefühls ergriffen würden. Fast ist es, als ob die Schranken der Völker und Sprachen, der Sitten und Traditionen verschwinden sollten vor dem ergreifenden Gedanken, daß Zehntausende

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090102/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG